

# Deutsche Rundschau

in Polen

**Bezugspreis:** In den Ausgabestellen und Filialen monatl. 4.50 Zl. mit Zustellgeld 4.80 Zl. Bei Postbezug monatl. 4.89 Zl. vierteljährlich 14.66 Zl. Unter Streifenband in Polen monatl. 8 Zl. Danzig 3 G. Deutschland 2.50 RM. — Einzel-Nr. 25 gr. Sonntags-Nr. 30 gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung u. c.) hat der Bezahler keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Fernruf Nr. 594 und 595.

früher Ostdeutsche Rundschau  
Bromberger Tageblatt

**Anzeigenpreis:** Die einpaltige Millimeterzeile 15 gr. die einpaltige Reklamezeile 125 gr. Danzig 10 bzw. 80 D. Bf. Deutschland 10 bzw. 70 Pf. übriges Ausland 100%, Aufschlag. — Bei Platzvorschrift u. schwierigerem Satz 50%, Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 gr. — Für das Ercheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Postfachadressen: Polen 202157, Danzig 2528, Stettin 1847.

Nr. 204

Bromberg, Donnerstag den 7. September 1933

57. Jahrg.

## Paul-Boncour gegen Briand.

In Trébeurden in der Bretagne ist ein Briand-Denkmal enthüllt worden, und der französische Außenminister Paul-Boncour hat bei dieser Gelegenheit die Festrede auf seinen berühmten Vorgänger gehalten. Obwohl er es unternahm, mit ihr Aristide Briand auch gegen gewisse Vorwürfe zu verteidigen, die vor und nach seinem Tode gegen ihn und seine Politik in der französischen Presse erhoben wurden, war die ganze Rede keine Auseinandersetzung mit Briand und auch im Grunde keine Verteidigung seiner Politik, sondern für Paul-Boncour vor allem eine willkommenen Gelegenheit, um sich mit den aktuellen außenpolitischen Problemen Frankreichs auseinanderzusetzen. Und wenn er dabei auch eine verbindende Linie zwischen dem Locarno-Pakt Briands und dem Viermächtepakt zu ziehen versuchte, den er als die Fortsetzung und die Bestätigung des Locarno-Abkommens bezeichnete, so ist das, was er praktisch zur gegenwärtigen europäischen Lage sagte, doch nichts weniger als im Geiste Briands gedacht. Immerhin eine bemerkwürdige Gedenkrede. Paul-Boncour beschäftigte sich vor allem mit drei Problemen: der Frage der Abrüstung, der Revision der Friedensverträge und der Neuordnung im Südosteuropa.

Es hätte sowohl angeht das unmittelbar bevorstehenden Wiederbeginns der Abrüstungskonferenz wie im Sinne Briands, der schließlich der Vater des Gedankens der europäischen Union war, nahegelegen, daß Paul-Boncour etwas darüber gesagt hätte, welchen praktischen Beitrag Frankreich zur Abrüstung und zur Befriedung Europas zu leisten gedenke. Die Welt, soweit sie überhaupt wirklich noch an der Absicht einer Rüstungsverminderung festhält, wird enttäuscht sein, aus der Rede am Briand-Denkmal entnehmen zu müssen, daß der Vertreter der französischen Außenpolitik nichts weiter auszudrücken wußte als das Bewußtsein Frankreichs, stark zu sein, die Forderung Frankreichs an den Völkerbund, als Inhalt einer Abrüstungspolitik zu verlangen, daß niemand wieder aufrüstet, und den Appell Frankreichs an andere Mächte, ihm unverzüglich bei der Verhinderung derartiger Bestrebungen Beistand zu leisten. Das ist, aus der beschwingten Sprache einer Festrede in die nüchternere politische Realität überfetzt, nichts anderes als das Bekenntnis zur Aufrechterhaltung eines Zustandes der Ungleichheit und Ungerechtigkeit der letzten Endes die Ursache der den Frieden gefährdenden europäischen Spannungen ist. Und Paul-Boncour scheut sich nicht, diese jede leiseste Anspielung auf den Abrüstungswillen vermeidende Rede in einem Augenblick zu halten, in dem der französische Ministerpräsident eben erst die furchtbaren und lückenlosen Verteidigungswerke an der französischen Ostgrenze besichtigte, die nach den aus seiner Umgebung stammenden Kommissaren die völlige Sicherheit Frankreichs garantieren, und in dem weiter einer der von Paul-Boncour angerufenen Garanten, der die Sicherheit Frankreichs noch weiter stützenden Verträge, England, ein phantastisches Abrüstungsprogramm zur See in die Tat umzusetzen sich anschickt.

Paul-Boncour hält seine Rede für eine Friedenskundgebung, wie er auch den „stillischweigenden“ Besuch des Ministerpräsidenten Daladier bei den Befestigungswerken im Osten als eine solche Manifestation des Friedenswillens hinstellt. Demgegenüber erblickt er in den aus der Sorge um die Bedrohung seiner ungeschützten Sicherheit kommenden Forderungen Deutschlands auf die Erfüllung des ihm zugesicherten Gleichberechtigungsanspruches eine Gefährdung des Friedens. Es ist nicht schwer, „still zu schweigen“, wenn man sich eine so gewaltige Rüstung angelegt hat, wie Frankreich es tat. Aber es ist unklug, von Friedenswillen zu sprechen, wenn man gleichzeitig nichts weiter zu tun weiß, als klirrend an das eigene geschliffene Schwert zu schlagen.

Und wie er die Abrüstungsverpflichtung der Siegermächte von Versailles mit einem drohenden Hinweis auf die eigene Stärke heiselt, so das Begehren nach einer Revision der auf die Dauer immer unmöglicher werdenden Ungerechtigkeiten der Friedensverträge mit der Berufung auf die juristischen Konstruktionen, die wenn sie den Willen der Welt dauernd fesseln sollten, diese Ungerechtigkeiten ewigen würden. Er appelliert an England und Italien, die im Jahre 1925 durch ihre Unterschrift die Entmilitarisierung des Rheinlandes noch einmal garantiert hätten. Er deutet den Sinn des Viererpaktes dahin an, daß er vor allen Dingen die Möglichkeit schaffen solle, schwierige Fragen, die man nicht ungefragt der Einstimmigkeit erfordernden Entscheidung des Völkerbundes unterbreiten dürfe, vorzubereiten, aber er rühmt sich doch gleichzeitig, in diesen Viererpakt die Bestimmung hineingebracht zu haben, daß die Entscheidung doch letzten Endes dem Völkerbund überlassen bleiben müsse, das heißt, daß sie dort eben immer an der Notwendigkeit der Einstimmigkeit scheitern würde, zumal er im Zusammenhang mit den südosteuropäischen Problemen ausdrücklich erklärt, die wirtschaftlichen Verständigungen dürfe nicht durch politische Bestrebungen oder Gebietsansprüche gestört werden.

Diese Gedankengänge stellen sich schroff gegen die Politik Briands. Auch Briand war in seinen Handlungen durch und durch Franzose. Man würde ihn nicht gerecht werden, wenn man ihn als einen Deutschfreund hinstellen wollte. Aber er hatte europäische Horizonte. Und einem Manne wie Stresemann war es immerhin gegliückt, ihn im

Rahmen dieses politischen Blickfeldes von dem einseitig französischen Weltbilde abzuheben, das bis dahin den Quai d'Orsay hypnotisiert hatte, und ihn zum Verfechter gewisser deutscher Lebensnotwendigkeiten zu bringen. Und davon ist bei Paul-Boncour nicht mehr die Rede. Auch da, wo er nicht von den Deutschland unmittelbar angehenden Dingen spricht, wie bei der Erörterung der südosteuropäischen Frage, steht die vom französischen Hegemoniestreben diktierte Auffassung ihm so ausschließlich und beherrschend im Vordergrund, daß er beispielsweise die jetzt von Mussolini lancierten Pläne nur unter dem Gesichtspunkt zu werten vermag, wie weit sie durch die Einschaltung Italiens der Verwirklichung

des ungeliebten Lardien-Planes zu dienen vermögen. Daß er in diesem Zusammenhang die Unabhängigkeit Österreichs als einen lebenswichtigen Punkt bezeichnet, war nicht anders zu erwarten.

Es war nicht der Geist Briands, den Paul-Boncour hier am Denkmal des hingegangenen französischen Staatsmannes zitierte, sondern es war der Geist des neuen Nach-Briandischen Frankreichs, das die Gedanken des Ausgleichs und der Verständigung nicht mehr kennt und nur von einem Frieden weiß, der den zum einseitigen Nutzen Frankreichs nach dem Zusammenbruch Europas im Jahre 1919 geschaffenen Zustand der Ungerechtigkeit nicht antastet.

## Unterzeichnung des Danziger Hafen-Abkommens

am 18. September.

Die Verhandlungen zwischen Polen und der Freien Stadt Danzig über die Ausnutzung des Danziger Hafens durch Polen sind, wie aus Warschau gemeldet wird, so weit fortgeschritten, daß sie bis zum 15. September abgeschlossen sein dürften. Der 18. September ist für die vor einigen Wochen paraphierten beiden polnisch-Danziger Abkommen als Tag der Unterzeichnung in Aussicht genommen worden. Mit der Frage, was das Hafenabkommen mit Danzig enthalten wird, beschäftigt sich gegenwärtig die „Gazeta Warszawska“ in einem Artikel, dem wir folgendes entnehmen:

Der Senat der Freien Stadt Danzig beschäftigt sich augenblicklich mit dem Inhalt der Bestimmungen des künftigen Abkommens mit Polen in der Frage der Arbeitseinteilung der Häfen von Gdingen und Danzig. Es handelt sich hier um die endgültige Präzisierung des Standpunktes über die Vorschläge, die die Danziger Delegation aus Warschau mitgebracht hatte. Nach Informationen aus Wirtschaftskreisen, die dem Danziger Senat nahestehen, wird das polnisch-Danziger Abkommen über die Arbeitseinteilung der beiden Häfen in Warschau unterzeichnet werden und soll vom 1. Oktober 1933 bis zum 30. September 1934, d. h. für die Dauer eines Jahres verpflichtend sein. Die Grundlage der Verständigung soll die Anerkennung des Grundsatzes durch beide Seiten sein,

daß weder Danzig noch Gdingen ein formales Monopol auf irgend welche Transporte bei der Einfuhr, Ausfuhr und im Transitverkehr besitzen werden.

Nichtsdestoweniger würde die Spezialisierung der beiden Häfen auf dem Gebiet des Exports und des Imports, die von einer Reihe komplizierter Faktoren bedingt ist, auch weiterhin beibehalten werden.

Auf diese Weise wird Gdingen tatsächlich auch weiterhin der ausschließliche Hafen für die Ausfuhr von Zucker, und im besonderen von Eiern, Butter, Käse sowie Bacon sein, da es die größte Hafenkühl-Anlage in Europa besitzt. Die Einfuhr von Wolle, die in quantitativer Hinsicht ein wichtiger Rohstoffartikel für die polnische Industrie darstellt, wird ebenfalls über Gdingen geleitet werden. Dasselbe betrifft die Einfuhr von Bruch. Für Danzig sind besondere Ein- und Ausfuhr-Kontingente vorgesehen.

### Danzig-polnische Zwischenfälle.

Bei der Rückkehr von Teilnehmern an dem Reichsparteitag der NSDAP ist es gestern nachmittag in der Langgasse in Danzig zu einem höchst bedauerlichen Zwischenfall gekommen.

#### Die polnische Darstellung.

Die polnische Telegraphen-Agentur verbreitet darüber folgende Nachricht:

Am Dienstag nachmittag 2 Uhr bewegte sich durch die Langgasse eine nationalsozialistische Sturmabteilung mit der Fahne. Ein Nationalsozialist trat an den auf dem Bürgersteig in einem Gespräch mit dem Vertreter des „Inostrany Kurjer Godzienny“ befindlichen Direktor der Danziger Zentrale der Sosnowitzer Kohlengruben-Gesellschaft, Franciszek Szulkowski, mit dem Ersuchen heran, die nationalsozialistische Fahne durch Erheben des Armes zu grüßen. Als dieser Aufforderung mit dem Hinweis darauf, daß sie Ausländer seien, nicht stattgegeben wurde, rief der Nationalsozialist einige andere Parteigenossen herbei, die sich auf Szulkowski stürzten, wobei der Überfallene ins Gesicht geschlagen und durch Fußtritte am Kopf und Rücken verletzt wurde.

Wegen dieses Zwischenfalles wandte man sich an den Senat, der seinem Bedauern darüber Ausdruck gab, nach versicherte, daß sowohl durch die Partei als auch durch die Polizei eine Untersuchung eingeleitet werden würde, um die Schuldigen aufs strengste zu bestrafen. Der Senat gab gleichzeitig die Erklärung ab, daß in Zukunft Schritte unternommen werden würden, um sämtliche Provokationen und die Bestrafung der Angreifer, nicht aber der Personen möglich zu machen, die die nationalsozialistischen Flaggen nicht grüßen.

#### Der Danziger amtliche Bericht.

Vom Danziger Senat wurde heute über den Zwischenfall folgender Bericht herausgegeben:

Die Menge dieser Kontingente soll für Danzig etwa fünf Millionen Tonnen jährlich betragen,

d. h. ebensoviel, wieviel der Danziger Hafenverkehr im Jahre 1932 betragen hat. Im Rahmen dieser Zahlen würden auf den Gdingener Hafen über fünf Millionen Tonnen jährlich entfallen. Danzig soll auf Grund des Abkommens Kontingente auf fast sämtliche Waren und Rohstoffe im Rahmen der angeführten Zahlen erhalten, die nach Polen eingeführt und aus Polen ausgeführt werden.

Das polnisch-Danziger Abkommen wird eine Reihe von Klauseln enthalten. Die wichtigste betrifft die proportionelle Verringerung der Kontingente auch für Danzig im Falle der Verschlechterung der Wirtschaftslage und der Vertiefung der Krise. Es besteht der Plan, mit der Ausführung des Abkommens über die Arbeitseinteilung der beiden Häfen

#### einer gemischten Polnisch-Danziger Kommission

zu betrauen, deren Aufgabe es sein wird, den Standpunkt der beiden Vertragspartner bei eventuellen fröftigen Fällen zu vereinheitlichen. Das Abkommen wird eine Bestätigung von der Polnischen Regierung und vom Danziger Senat erfordern.

Wie die „Gazeta Warszawska“ weiter wissen will, hat der Danziger Senat sich nach Berlin um Richtlinien gewandt, ob und in welcher Form Danzig in dem Abkommen mit Polen

#### Danziger Juden

eine Garantie der persönlichen Sicherheit und des Vermögens erteilen kann. Diese Frage soll während der letzten Verhandlungen in Warschau aufgetaucht sein und wird mit dem Bestreben in Zusammenhang gebracht, eine Atmosphäre zu schaffen, die der Leitung der in- und ausländischen Ladungen nach Danzig durch die am Außenhandel Polens sehr interessierte jüdische Geschäftswelt förderlich wäre. Die Danziger Delegation trifft am 6. September in Warschau ein und wird die Instruktionen des Senats über alle mit dem Abschluß des polnisch-Danziger Abkommens zusammenhängenden Fragen mitbringen, darunter auch über die Frage der Sicherheit der Juden auf dem Gebiet der Freien Stadt Danzig.

Ein auf seinem Fahrrad den Zug begleitender Anhänger der Nationalsozialistischen Partei versuchte verschiedentlich Leute aus dem Publikum, welche die vorüberziehenden Fahnen nicht grüßten, hierzu zu veranlassen. Einer der Betroffenen war ein Pole, der auf das Anfeuern des betr. Parteiangehörigen, die Hand zu erheben, sich gegen diesen mit einem Stoßschlag wendete. Hierauf kam es zu Tätlichkeiten, bei denen die dem Nationalsozialisten aus dem Zuge heraustretenden SA-Leute zu Hilfe kamen. Der Pole fand Unterstützung durch einen polnischen Journalisten. Die Führung des Zuges sorgte dafür, daß die SA-Leute sofort ins Glied zurücktraten. Zu irgend welchen erheblichen Verletzungen ist es auf keiner Seite gekommen. Der Angreifer ist selbigen. Die Danziger Regierung hat sofort eine strenge Untersuchung des Falles eingeleitet. Sie hat im Laufe des Vormittags dem Vertreter der Polnischen Regierung in Danzig durch den Polizeipräsidenten ihr Bedauern über den Vorfall zum Ausdruck bringen lassen.

Gleichzeitig verlautet von einem zweiten, mit dem ersten aber in keinerlei Zusammenhang stehenden Zwischenfall aus der Umgebung von Danzig. Nach den amtlichen Berichten haben in Stueblau polnische Melker namens Zielinski und Dominiak Wardyn die Bevölkerung des Ortes mit einer Forke und einer Sense bedroht. Der Oberlandjäger hat nun zwei SA-Leute, ihm bei der Festnahme des Wardyn behilflich zu sein. Wardyn bedrohte diese beiden SA-Leute mit der Sense und sagte zu dem einen SA-Mann, er werde ihm mit der Sense den Kopf abschneiden. Hierauf hat der SA-Mann durch einen Pistolenschuß den Angreifer niedergestreckt.

Der Verletzte ist kurze Zeit darauf seinen Verletzungen erlegen. Wie die Polizei mitteilt, handelt es sich bei dem Verstorbenen um einen berüchtigten Fahrraddieb, der wegen dieses Deliktes und noch anderer Straftaten vielfach verurteilt ist und nach Verbüßung einer längeren Freiheitsstrafe erst vor wenigen Tagen aus der Danziger Strafanstalt entlassen worden war.

## Politischer Prozeß vor dem Standgericht.

Vor dem Standgericht in Kobryn stehen seit einigen Tagen acht weißrussische Bauern und eine Frau, denen zur Last gelegt wird, daß sie am 4. August d. J. auf dem Gebiet des Kreises Kobryn als Mitglieder der kommunistischen Partei Westweißrusslands zum Zwecke der Abtrennung der nordöstlichen Woiwodschaften und ihrer Zuteilung zu Sowjetrußland und in dem Glauben, daß von dieser Partei bereits Aufständischen-Aktionen in Poley eingeleitet worden wären, eine bewaffnete Abteilung in Stärke von etwa 70 Mann gebildet hätten, die nach einem angelegten Plan nach zuvoriger Beschädigung der telephonischen Leitungen die Wache der Staatspolizei in Nowosjolki angriffen und mit den Mannschaften dieser Wache einen Kampf mit der Waffe in der Hand ausfochten.

Ein Antrag der Verteidigung, das Verfahren vor dem Standgericht einzustellen und an das ordentliche Gericht zu überweisen, wurde abgelehnt. Die Angeklagten bekennen sich nicht zur Schuld und behaupten, in ihrem Verfahren im Untersuchungsverfahren ihre Aussagen unter einem physischen Zwange gemacht zu haben. Da festgestellt wurde, daß die unter Auflage stehende Frau, eine gewisse Kaplanowna dem Untersuchungsrichter gemeldet hatte, sie sei während der Vernehmung geschlagen und gequält worden, der Richter jedoch kein diesbezügliches Verfahren eingeleitet hatte, stellte die Verteidigung den Antrag, die Richter Lankowski und Schwedzinski als Zeugen zu laden, in deren Gegenwart die Verhandlungen stattgefunden haben. Der Prokurator erhob gegen diesen Antrag keine Einwendungen. Die übrigen Angeklagten gaben dem Gericht eine Beschreibung, wie man sie in der Untersuchungsphase behandelt hat. Ein Angeklagter erzählte mit Tränen in den Augen, daß man ihn zwei und einen halben Tag gequält habe. Er sei unschuldig, man habe ihn mitgenommen und gequält, bis er gesagt habe: „Schreibt, was ihr wollt.“ Trotzdem habe man ihn weiterhin Wasser in die Nase gegossen. Ein zweiter Angeklagter bestätigte die Aussage seines Vorgängers und sagte, daß man ihn geschlagen und ihm das Auge verletzt habe. Man habe ihm zwei Liter Wasser mit Benzin in die Nase gegossen.

Der von der Woiwodschaft entsandte Sachverständige für politische Fragen machte Aussagen, die sich mit der Anklageschrift decken, in der u. a. behauptet wird, daß das Programm der kommunistischen Partei Westweißrusslands die Abtrennung Weißrusslands von Polen enthalte. Als Zeuge wurde hierauf Rechtsanwalt Ehrlich über das Programm und die Taktik der Partei vernommen. Er erklärte, daß auf der Tagung der kommunistischen Partei im Jahre 1922 eine entscheidende Wendung in der Frage des Grundgesetzes des Selbstbestimmungsrechts der Völker eingetreten sei, dessen Anhängerin die kommunistische Partei ist. Seit dieser Zeit gebe es im Programm der kommunistischen Partei keine Bestimmungen zur Abtrennung von Gebieten, die Bestandteile des polnischen Staates sind. Die kommunistische Partei sei stark zentralisiert, es könne daher keine Rede davon sein, daß die ukrainische kommunistische Partei oder auch die kommunistische Partei Westweißrusslands selbständig handeln könnten. Sie seien lediglich Filialen der kommunistischen Partei, jedoch keine selbständigen Einheiten. Infolge dieser neuen Umstände ordnete das Gericht eine Unterbrechung der Verhandlung an. Dem „Roboinik“ zufolge sind Gerüchte im Umlauf, daß sich der Prokurator mit dem Justizministerium ins Einvernehmen setzen soll, um Instruktionen über das weitere Verfahren zu erhalten.

Im Zusammenhange mit der Verhandlung vor dem Standgericht wurden von verschiedenen polnischen Gruppen Auftrufe erlassen, und der Verband ehemaliger politischer Häftlinge wandte sich in einem Telegramm an den Staatspräsidenten mit der Bitte, seine Aufmerksamkeit dem Kobryner Prozeß zuzuwenden, in welchem neun politischen Häftlingen der Tod durch Urteil des Standgerichts drohe.

## Marshall Piłsudski aus Warschau abgereift

Einer Meldung des „Anzer Forum“ zufolge ist Marshall Piłsudski am Montag früh zu einem mehrtägigen Aufenthalt nach Zaleszczyki abgereift. Er wird in der Wohnung des Ehepaars Jurgienichs am Dnestr in der Nachbarschaft eines Parks Wohnung nehmen. Der Marshall hatte seinen Erholungsurlaub, den er im Wilna-Gebiet verlebte, vor etwa zwei Wochen plötzlich unterbrochen und war plötzlich nach Warschau zurückgekehrt. Im Zusammenhange damit waren in politischen Kreisen Gerüchte über Änderungen in der Regierung und in der polnischen Diplomatie im Umlauf, die jedoch nicht verwirklicht worden sind.

Marshall Piłsudski wird seinen Erholungsurlaub in dem gesunden Klima des sogenannten polnischen Meran, in Zaleszczyki fortsetzen. Er wird edoch mit den Regierungskreisen einen engen Kontakt unterhalten, der ihm aber keine großen Sorgen bereiten dürfte, da im politischen Leben Warschaws auch weiterhin Ferienstimmung herrscht.

## Die „Gazeta Polska“ hat Bedenken.

Das offizielle polnische Regierungsorgan „Gazeta Polska“ veröffentlicht einen Leitartikel, der sich mit der Frage der Verständigung zwischen Polen und Danzig beschäftigt. Das polnische Regierungsorgan zitiert eine Reihe von Redewendungen amtlicher Danziger Faktoren bei offiziellen Anlässen und glaubt daraus lesen zu können, daß die Parole „Zurück zum Reich“ immer noch in Danzig gelte. Das Blatt, das bereits vor 10 Tagen unter der Überschrift „Danziger Stimmungen“ einen ähnlichen Artikel veröffentlicht hatte, vertritt den Standpunkt, daß bei der polnischen öffentlichen Meinung durch solche Äußerungen wie die einiger Danziger Senatoren, ein „Moment des Mißtrauens“ entstehe. In Polen verstehe man, daß die Danziger Deutschen deutsch bleiben wollten. Dieses Ziel müsse jedoch ohne die Änderung des Danziger Statuts und bei Wahrung freundschaftlicher Beziehungen zu Polen erreicht werden. Das Blatt schließt seine Ausführungen wie folgt:

„Der jetzige Danziger Senat hat durch den Mund seines Präsidenten erklärt, daß er eine Politik der Festigung der wirtschaftlichen Bindungen mit Polen führen werde bei gleichzeitiger Erhaltung der engen kulturellen Verbindung mit dem deutschen Volke. Wir begrüßen diese Ankündigung als Beweis des Sieges des politischen Realismus über unpolitische Romantik, die die Antriebskraft der Zickackpolitik der früheren Senate war. Die Vorfälle der letzten

Wochen erwecken jedoch in uns die Furcht, daß der Sieg nicht vollständig war und daß jene unpolitische Romantik wieder ihren Kopf zu heben beginnt.“

Die Berichte des polnischen Regierungsorgans über „Danziger Stimmungen“ sehen leider sehr nach einer Stimmungsmache in Polen aus, die einer wirklichen Verständigung kaum dienen dürfte.

## Keine Teilnahme Simons

an den Pariser Vorbereitungen

Paris, 6. September. (Eigene Drahtmeldung.) Der Ministertrat in London beschäftigte sich am Dienstag an erster Stelle nach Informationen der Sonderberichterstatter der großen Blätter mit der in so großen Zinien angekündigten Pariser Zusammenkunft, an der ursprünglich der englische Außenminister Simon teilnehmen sollte, und die sich hauptsächlich auf einen Meinungsaustrausch zwischen Daladier und Paul-Boncour und dem ständigen Vertreter Englands im Abrüstungs-Ausschuß, Eden, beschränken wird. Sir John Simon tritt seine Reise nach Genf angeblich erst später an. Einige Blätter wollen wissen, daß man auch Italien zu diesen Besprechungen hinzuziehen werde.

Der Londoner Sonderberichterstatter des „Petit Parisien“ will weiter erfahren haben, daß Eden die französischen Vorschläge über eine alle sechs Monate stattfindende Rüstungskontrolle nicht ohne weiteres ablehnen werde. Er werde jede Einzelheiten über die Art und Weise fordern, wie Frankreich diese Kontrolle durchzuführen denke, und welche Zugeständnisse die französische Regierung auf dem Gebiet der Abrüstung zu machen bereit sei, falls England dieser Rüstungskontrolle zustimme.

Die Ausführungen des „Petit Journal“ bewegen sich etwa in der gleichen Richtung. Die Englische Regierung, so betont das Blatt, habe ihre Haltung in der Kontrollfrage nicht geändert. Es sei aber wahrscheinlich, daß sie sich bereit erklären werde, bei gewissen französischen Zugeständnissen in der Abrüstungsfrage der Kontrollfrage zuzustimmen.

Zu der englischen Haltung in der österreichischen Frage schreibt das „Echo de Paris“, daß man auf englischer Seite sich zu einer „Politik des Scheiterns ohne Weisstand“ entschließen werde. London wünsche jedoch einige Aufklärungen über die Absichten Mussolinis, die angeblich noch sehr unklar seien.

## Norman Davis in London.

Ein erfolgreicher Abschluß der Abrüstungskonferenz notwendig.

London, 6. September. (Eigene Drahtmeldung.) Norman Davis traf am Dienstag abend in Plymouth ein und begab sich nach London, wo er etwa zehn Tage bleiben wird, um dann nach Paris und später nach Genf zu den Abrüstungsverhandlungen zu fahren. Er erwartet, daß er außer mit dem englischen Außenminister auch Unterredungen mit Macdonald und Henderson haben werde. Bei seiner Ankunft erklärte er, daß sich die amerikanische Auffassung im allgemeinen nicht geändert habe. Amerika sei jedoch der Ansicht, daß mehr denn je die Notwendigkeit für einen erfolgreichen Abschluß der Konferenz bestehe. Die Amerikanische Regierung unterstütze den britischen Plan für die Abrüstung, sei aber bereit, Einzelheiten abzuändern.

Es sei notwendig, daß eine Rüstungsüberwachung stattfinden, und daß zu diesem Zwecke eine dauernde Körperschaft eingesetzt werde. Norman Davis fügte hinzu, daß Amerika bereit sei, den Gedanken eines Rüstungsabkommens zu erwägen und zu begünstigen.

## Englischer Ordnungsruf an Frankreich.

London, 6. September. (Eigene Meldung.) Die liberale „News Chronicle“ beschäftigt sich eingehend mit der jetzt vor den Abrüstungsverhandlungen einsehenden französischen Propaganda, die neuerdings aus durchsichtigen Gründen Deutschland wieder eine Aufrüstung zuschreiben wolle. Auch zu den „Befürchtungen“, die von Frankreich tendenziös über den angeblichen Ausbau der deutschen Fliegerei ausgestreut werden, nimmt das Blatt Stellung. Daraus ergibt sich, so heißt es in dem Artikel weiter, eine ungesunde Atmosphäre für die Behandlung der Abrüstungsfrage. Diese Methode erklärt auch die

Gerüchte von einem französischen Ultimatum,

das bereits im Entwurf fix und fertig vorliege. Wenn jedoch von der Möglichkeit gesprochen werde, daß man Deutschland vor den Völkerbund zitiieren wolle, so sei hierzu nur zu sagen, daß die englische Diplomatie alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel erschöpfen werde, ehe sie sich zu einem derartigen Schritt hergeben würde.

Die Verhandlungen der kommenden Woche würden die Erklärungen des deutschen Reichskanzlers in Nürnberg, in denen er alle kriegerischen Absichten ablehnte, berücksichtigen müssen und von der Annahme ausgehen, daß der deutsche Kanzler wirklich das meine, was er sagte.

## Ein Engländer gegen die Lügen-Propaganda

London, 6. September. (Eigene Meldung.) In einem Brief an die englische Presse tritt ein Engländer namens Stewart Brown den Lügenberichten über Deutschland entgegen. Wenn man die Spalten einiger englischer Zeitungen lese, so schreibt Brown, so könnte man glauben, es sei in Deutschland unangenehm, daß der Ausländer angefeindet würde und daß man jeden Tag die schlimmsten Grausamkeiten sehen könnte. Im Gegensatz hierzu würde den großen Anstrengungen zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit oder den sonstigen Errungenschaften entweder überhaupt keine Aufmerksamkeit gewidmet oder doch nur in sehr geringem Maße.

Auf Grund einer fast 1000 Kilometer betragenden Fahrt im Kraftwagen durch Deutschland könne er sagen, daß das Reisen in Deutschland genau so angenehm wie in England sei. Überall habe er die größte Höflichkeit und das größte entgegenkommen gefunden. Er habe sich Schulen in Darmstadt angesehen, dem englischen Unterricht beigewohnt und habe selbst einige Worte über englische Erziehung sagen können. Der Landes-Polizeipräsident von Hessen, Dr. West, habe sich über eine Stunde mit ihm über die Ziele der nationalsozialistischen Bewegung unterhalten. Er habe ihm

das Lager gezeigt, wo die zukünftigen Führer ausgebildet würden und Brown sagt, daß er sich habe alles ansehen und auch Ausbildungspläne mit sich nehmen können. Er selbst sei kein Faschist, aber er setze sich dafür ein, daß man in England mehr als bisher versuchen solle, den deutschen Standpunkt zu verstehen.

## „Times“ über die Nationalsozialisten.

London, 6. September. (Eigene Drahtmeldung.) Die Londoner Presse beginnt jetzt auch mit selbständigen Kommentaren zum Nürnberger Reichsparteitag herauszukommen. Ihm widmen die „Times“ einen Leitartikel. Niemand könne mehr bezweifeln, so sagen sie, daß die nationalsozialistische Bewegung von einer ungeheuren Begeisterung getragen wird, die vielleicht zum Teil aus der Verzweiflung entsprungen sei, aber nichtsdestoweniger eine Stoßkraft besitze, die das ganze deutsche Volk mit sich gerissen habe. Nach Feststellung der Tatsache, daß der Sieg über die alten parlamentarischen Methoden vollständig ist, versuchen die „Times“ sich mit den Zielen der Bewegung auseinanderzusetzen, wobei sie aber zeigen, daß sie die Entwicklung in Deutschland noch immer nicht verstanden haben. Sie glauben noch immer, daß die Einseitigkeit der gesamten Gedankenrichtung künstlich sei und erblicken eine Gefahr darin, daß die nationalsozialistische Bewegung Grundsätze verrete, gegen die sich andere Länder, wie Frankreich, England und Amerika noch sträubten und behaupten, daß die deutschen Führer Ziele verfolgten, die nur unter Schädigung der Interessen anderer Staaten erreicht werden könnten.

Aber, so sagt das Blatt dann weiter, in der Rede Hitlers sei der beruhigende Satz enthalten, daß Deutschland keine neuen Vorbeeren auf dem Schlachtfeld zu ernten brauche, da es niemals sein Ansehen verloren habe. Das sei ein Gefühl, mit dem die früheren Feinde Deutschlands übereinstimmen werden. Wohl im Hinblick auf die bevorstehenden Abrüstungsverhandlungen schließen die „Times“ dann aber nach einem neuen Seitenhieb auf das Buch „Wehrwissenschaften“ von Professor Bause, das sie eingehend zerpfückt, mit dem Bemerken, daß es zwar nicht anständig sein würde, wenn man den Äußerungen Hitlers die Absicht zuschleibe, lediglich auf die ausländische öffentliche Meinung einen Eindruck machen zu wollen. Aber die Außenwelt müsse die Führer des neuen Deutschland mehr nach dieser Politik als nach ihren Äußerungen beurteilen und daran gemessen könne sie sich noch nicht völlig beruhigt fühlen.

## Neue Revolution in Kuba.

Armee in Aufruhr — Provisorische Regierung ausgerufen.

Die kaum gebildete kubanische Regierung de Cespedes ist von einer neuen Revolution bedroht. Die neue revolutionäre Bewegung in Kuba nahm ihren Ausgang von der Garnison Camp Columbia, derselben Garnison, die als erste seinerzeit dem Präsidenten Machado den Gehorsam verweigerte. Die revoltierenden Soldaten und Unteroffiziere bemächtigten sich der strategisch wichtigsten Punkte, setzten die Offiziere gefangen und verhafteten durch Zirkel die übrigen Garnisonen des Landes, die Marine und die Polizei. Die gesamte Marine und Armee schloß sich den Revolutionären an. Die Soldaten haben sich in den Besitz der sämtlichen Waffen und Befestigungen gesetzt. Einzelne Offiziere telephonierten an ihre Vorgesetzten nach Havana und baten um Verhaltensmaßregeln. Es wurde ihnen aber erwidert, daß die Revolution als eine Tatsache hinzunehmen sei.

Wie ergänzend aus Havana gemeldet wird, hat eine revolutionäre Gruppe von Soldaten, denen sich auch einige Zivilpersonen angeschlossen haben, eine provisorische linksradikale Regierung ausgerufen, welche die Regierung de Cespedes ersetzen soll, bis eine verfassungsmäßige Volksvertretung zur Einsetzung einer verfassungsmäßigen Regierung einberufen werden könne. Die revolutionäre Regierung erklärt, man möge der Regierung Cespedes nicht den guten Willen absprechen. Sie sei aber völlig unzulänglich. Es läßt sich nicht verkennen, daß die neue Umsturzbewegung einen ausgesprochen linksradikalen Charakter trägt. An ihrer Spitze steht ein Sergeant namens Batista, der offen sozialistische Ziele verfolgt. Ihm zur Seite stehen drei Unteroffiziere und ein Gemeiner. Ferner gehört der „provisorischen Regierung“ der Kommunist Sergio Carbo an, der als künftiger Präsidentschaftskandidat von den Umstürzern genannt wird.

Washington, 6. September. (P.A.) Im Zusammenhange mit den neuen Unruhen auf Kuba hat die Regierung der Vereinigten Staaten einen Kreuzer und drei Torpedoboots dorthin entsandt.

## Alleine Rundschau.

Lindbergh in Stockholm.

Das Fliegerpaar Lindbergh ist im Flugzeug in Stockholm eingetroffen, wo es voraussichtlich eine Woche bleiben wird.

Zeppelin-Dienst nach Brasilien.

Die Verhandlungen Dr. Celeners wegen eines Südamerika-Dienstes mit Zeppelin-Luftschiffen sind jetzt mit der brasilianischen Regierung zum Abschluß gekommen. Der Südamerika-Dienst wird im Herbst nächsten Jahres aufgenommen.

Do. X fliegt wieder.

Das Riesensflugzeug Do. X hat nach seiner Wiederherstellung am Montag den ersten erfolgreichen Probeflug bei Passau unternommen.

72 Opfer der amerikanischen Schlafkrankheit.

Die Schlafkrankheit in St. Louis hat bisher 72 Todesopfer gefordert. 500 weitere Personen liegen noch darnieder.

## Wasserstandsrichten.

Wasserstand der Weichsel vom 6. September 1933.

Ratalau + 0,24, Zawickost + 1,40, Warschau + 0,96, Bloc + 0,63, Thorn + 0,65, Fordon + 0,69, Culm + 0,69, Graudenz + 0,86, Rurzebrat + 1,03, Biedel + 0,28, Dirschau + 0,19, Gmlage + 2,52, Schiwenhorst + 2,78.





Pommerellen.

6. September.

Halentkrenze auf Torten?

Wie weit die politische Verblendung verheerter Elemente heute geht, beweist die Tatsache, daß man den Bäckermeister Unger in Gopplershausen bei den Behörden angeklagt hat, er habe Halentkrenze auf Torten angebracht.

Graudenz (Grudziadz).

Zwei Schadenfeuer

waren in diesen Tagen im Landkreise Graudenz zu verzeichnen. Sonnabend früh gegen 7 Uhr brannten in Kl Rudnik (M. Rudnik) Stall und Scheune des Besitzers Sredziński nieder.

Montag nachmittag brach in Bliesen (Blizno) Feuer aus. Dort brannten zwei dem Landwirt S. Wolf gehörige Getreideschöber nieder.

Standesamtliche Nachrichten. In der Woche vom 28. August bis zum 2. September d. J. gelangten auf dem hiesigen Standesamt zur Anmeldung: 25 eheliche Geburten (15 Knaben, 10 Mädchen), ferner 2 uneheliche Geburten (Knabe und Mädchen), sowie 4 Eheschließungen und 10 Todesfälle, darunter 5 Kinder im Alter bis zu 1 Jahr (3 Knaben, 2 Mädchen).

Submission. Das Gefängnis in Graudenz, Marienwerderstraße (Wybickiego), hat die Lieferung von 100 000 Kilogramm Kartoffeln (von jandigem Boden, Silesia oder Wostfmann), 8000 Kilogramm ungebeutetem 65prozentigen Roggenmehl, 4000 Kilogramm Weizenmehl 1/0, 500 Kilogramm Weizenkleie, 6000 Kilogramm Felberbsen, 2000 Kilogramm Viktoria-Erbsen, 6000 Kilogramm weißen Bohnen, 10 Fässern Heringen, 2000 Kilogramm Gerste, 2000 Kilogramm Runkelrüben, 1000 Kilogramm Fadennudeln, 2000 Kilogramm Schnittnudeln, 4000 Kilogramm gebrannter Buchweizengrübe und 1000 Kilogramm frischem Sauerkraut zu vergeben.

Versteigerung von Militärpferden. Wie der Kommandant der Kavallerieschule bekanntgibt, findet am Freitag, dem 8. d. M., von 8 Uhr früh ab, auf dem Platze der General Haller-Kaserne (Kaserne des 16. Feldartillerie-Regiments), eine Versteigerung von 60 aufrangierten Militärpferden statt.

Trauriges Ende eines geachteten Graudenzers Bürger. Sonnabend voriger Woche hatte der hiesige Inhaber eines Rechtsbüros, der seit einigen Jahren emeritierte Abteilungsleiter der Fabrik Starbowa, Finanzrat a. D. Doppel, seine Wohnung verlassen und war seitdem nicht mehr zurückgekehrt. Vor seinem Fortgehen übergab er seiner Gattin die eben abgehobene Pension und ordnete seine persönlichen Papiere. Bekleidet hatte er sich mit seinem am wenigsten wertvollen Anzuge.

Tot in seiner Wohnung aufgefunden wurde im benachbarten Neuborf (Nowawies) der 70jährige Hausbesitzer Janacy Sikorski. Seit einigen Tagen hatte er kein Lebenszeichen von sich gegeben und nicht mehr seine Behausung verlassen.

Wieder verlagert wurde am Dienstag, nach der Wiederaufnahme des Totschlagsprozesses gegen den Landwirt Smierzewski aus Borze, Kreis Schwes (wegen Erschießung seines Nachbarn Franz Glaser), die Verhandlung, und zwar auf den 14. d. M. Grund zur erneuten Verlagerung war die Bekundung des psychiatrischen Sachverständigen, daß die ihm für die Beobachtung des Angeklagten zur Verfügung gestellte Zeit von vierzehn Tagen zur gründlichen Beurteilung des Geisteszustandes Smierzewskis nicht ausreichend gewesen sei, und daß deshalb die Beobachtungszeit verlängert werden müsse.

Mißlungene Raucht. In Klein Tarpen nahm die dortige Polizei einen Mann namens Stefan Wroz wegen Diebstahls fest. M. leistete seiner Verhaftung energischen Widerstand. Auf dem Wege zum Kommissariat vermochte er

sich dem ihn transportierenden Beamten zu entziehen und zu entlaufen. Einer sofort entfalteten Polizeipatrouille gelang es, den Ausreißer schnell wieder zu entdecken und nun endgültig ins Gewahrsam zu bringen.

Wohnungs- und andere Diebstähle. In der Konopnicka-Volksschule wurden während des Unterrichts zwei Kindermäntel, bei der Firma Korzeniewski ein Stück grünen Stoffes im Werte von 500 Zloty, aus der Union Zwoliński'schen Wohnung, Oberbergstraße (Radgorna) Nr. 13a, ein Geldbetrag von 650 Zloty entwendet.

Thorn (Torun).

Von der Weichsel. Im weiteren Zurückgehen begriffen, betrug der Wasserstand Dienstag früh 0,73 Meter über Normal. — Von Danzig traf Schlepper „Steinkeller“ mit zwei leeren und zwei beladenen Rähnen ein. Nach Danzig startete Schlepper „Wanda“ mit vier Rähnen im Schleppe. Die Passagierdampfer „Atlantyk“, „Kaniowczyk“ und „Mickiewicz“ passierten die Stadt auf der Fahrt von der Hauptstadt nach Dirschau bzw. Danzig, „Fagiello“ und „Francja“ in umgekehrter Richtung.

Liquidierung einer „Wein-Großhandels-Gesellschaft“. Wir berichteten i. Zt. über einen bei der Fabrik „Torwin“ in Mocker, Graudenzstraße (Grudziadzka) 95, verübten Wasserdiebstahl von Obstweine, bei dem den Tätern insgesamt 20 Flaschen Wein in die Hände fielen. Obwohl der Diebstahl der Polizei nicht gemeldet war, gelang es jetzt auf die Spur der unlegalen „Großhändler“ zu kommen und die Schuldigen festzunehmen.

Wegen eines „Heil-Hitler“-Rufes leitete die Polizei gegen einen auf dem Neustädtischen Markt (Nowomiejski Rynek) wohnhaften Bürger eine Untersuchung ein.

Ein Straßeneinfall, der leicht schlimmere Folgen hätte haben können, ereignete sich Montag nachmittag in der Gerechtigkeitsstraße (ul. Prosta). Ein Personenauto fuhr von hinten den die Straße mit seinem Fahrrad passierenden Anton Troc, wohnhaft Gerberstraße (B. Garbary) 11, an.

Über starke Rauchbelästigung, die fast jeden Nachmittag gegen 5 Uhr auftritt, klagen die Anwohner der Breitenstraße und der an diese grenzenden Bader- und Schillerstraße (ul. Lazienna und Szejytna). Der Rauch wird meistens in dicken Schwaden in die Straßen und Haushöfe gedrückt und macht, zumal er mit viel Ruß verbunden ist, ein Offenhalten der Fenster unmöglich.

Der gut besetzte Dienstag- Wochenmarkt brachte nach dem anhaltenden Regen der letzten Tage sehr viele Pilze, die außerordentlich billig angeboten wurden. Champignons kosteten pro Mandel 0,60—1, Reister pro Mandel 0,50—0,70, Retschpüchen pro Maß 0,10, Schlabberpilze dgl. Preiselbeeren waren mit 0,60—0,80 pro Liter angeboten, Brombeeren mit 0,30—0,40 pro Liter, Johannisbeeren mit 0,25 pro Pfund, Pflaumen mit 0,20—0,50, Apfel mit 0,10—0,40, Birnen mit 0,15—0,50, Pfirsiche (neu) mit 1,60—2,50, Weintrauben (neu) mit 1—1,50, Bananen pro Stück mit 0,40—0,60, Zitronen pro Stück mit 0,15 bis 3 Stück 0,25 Zloty.

Luft-Sanitätsdienst in Pommerellen.

Die Sanitätsflugzeuge des 4. Flieger-Regiments in Thorn brachten in der vergangenen Woche zwei schwerkranke Personen nach den Thorer Krankenhäusern. Im ersten Falle wurde in das hiesige Bezirkslazarett ein Soldat eingeliefert, der sich den Bruch beider Schenkelknochen zugezogen hatte.

Außer den beiden Sanitätsflugzeugen „Gruf“ und „Pomorz“, von denen das eine in Thorn, das andere in Graudenz sich befindet, verfügt Pommerellen noch über ein gleichfalls in Thorn stationiertes großes Sanitätsflugzeug, in dem zwei Kranke, ein Arzt sowie ein Krankenpfleger transportiert werden können.

Die in Pommerellen stationierten militärischen Sanitätsflugzeuge stehen nicht allein dem Militär zur Verfügung, sondern können auch in dringlichen Fällen von der Zivilbevölkerung in Anspruch genommen werden, und zwar geschieht dies auf ärztlichen Antrag durch Vermittlung der zuständigen Verwaltungsbehörde.

Berent (Koscierzyna), 5. September. Ein Raubüberfall wurde im Walde bei Szarlota hiesigen Kreises auf die in Bagikowice bei Verwandten wohnende Eugenia Marcinińska aus Danzig verübt. Zwei Maskierte stürzten sich mit offenen Messern auf die Erschockene und während der eine sie am Halse würgte, entriß ihr der andere den Handkorb, in dem ein Handtäschchen mit 2 Danziger Gulden lag.

Gopplershausen (Zablonowo), 5. September. Die Diebe besuchten in der vorigen Nacht den Besitzer Otto Drawert aus Bukowiz und entwendeten drei Enten. Die Spur konnte bis Weizenau verfolgt werden. Am Dienstag, dem 19. September, findet hier ein Vieh- und Pferdemarkt statt.

Konik (Chojnice), 5. September. Zu einem bedauerlichen Unfall kam es in der Nähe von Kapin, wo ein Kaczmarowski aus Karzin bei einer Radtour von einem Personenauto überfahren wurde.

In der Nähe von Brusz löste sich das Vorderrad eines Lastautos aus Brusz und traf den Maurer Wisniski, der gegen einen Baum geschleudert und erheblich verletzt wurde.

Durch Einbruch wurden August Gorecki in der Henningsdorferstraße verschiedene Kleidungsstücke im Werte von etwa 400 Zloty gestohlen, ebenso der Frau Gertrud Weiland in Henningsdorf in der gleichen Nacht Kleidungsstücke. — In Lidznan wurden von unbekanntem Täter der Frau Wolischlager 22 Hüfner gestohlen.

Konik (Chojnice), 5. September. Fünf Pferde gestohlen wurden aus dem unverschlossenen Stalle des Landwirts August Kannenberg in Miwy hiesigen Kreises. Die Tiere repräsentieren einen Wert von 2000 Zloty.

Wegen Mordes nahm auf der Anklagebank des kürlich hier tagenden Bezirksgerichts Leon Zwankowski Platz. Die Vorgeschichte ist folgende: Als sich die Teilnehmer eines im Juni d. J. im Gasthaus in Lekarty, Kreis Lubau, stattgefundenen Vergnügens auf dem Nachhausewege befanden, fing der Knecht Zwankowski, der sich in Begleitung eines anderen Knechtes befand, mit einem Anton Kalamarz Streitigkeiten an. Als der gereizte Kalamarz durch Verabfolgung einer Backpeife tödlich reagierte, zog Zwankowski blitzschnell einen Dolch und stieß denselben mit ganzer Kraft in den Kopf seines Gegners, so daß dieser mit dem im Kopf stecken gebliebenen Dolch zusammenbrach.

Dem hiesigen Sekretär Francowski wurde kürzlich aus seiner Wohnung ein Herrenfahrad im Werte von 200 Zloty gestohlen. Die polizeilichen Nachforschungen nach dem Diebe sind im Gange. — Ebenso mußte der Landwirt Raas aus Kamtin, der auf dem hiesigen Finanzamt geschäftlich zu tun hatte, die böse Erfahrung machen, daß sein Fahrrad, das er kurze Zeit vor dem Amt stehen ließ, von einem unbekanntem Täter gestohlen worden war.

Lauf amtlicher Bekanntmachung ist die Rotlaufsuche auf dem Gehöft des Besitzers Wilhelm Schauer in Obendorf erloschen.

Der Sekretär der Luftverteidigungs-Liga unterschlägt 20 000 Zloty.

Vor dem Warschauer Bezirksgericht begann eine Verhandlung gegen den Sekretär des Wojewodschafts-Komitees der Luftverteidigungs-Liga (WOP) Pawlowski, der angeklagt ist, 28 463 Zloty unterschlagen zu haben. Die Leitung der Liga wollte zunächst von einer Klage absehen, da sie nicht zu Unrecht annahm, daß eine Veröffentlichung dieser Unterschlagung nicht gerade die Gefährdung der Bevölkerung für die Zwecke der Liga fördern würde.

Graudenz.

Tanz-Unterricht

im Hotel „Zum goldenen Löwen“ beginnt am Dienstag, dem 19. d. Mts. hochmoderne Tänze. Anmeldungen täglich erbeten. Einzelunterricht jederzeit.

A. Rózyńska, Tanzlehrerin, Szkolna 11, II Et.

Klavierunterricht

nach bewährter Methode erteilt Uagthe Prins, Musiklehrerin, Ogrodowa 15.

Tanz-Unterricht

in deutschen und modernen Tänzen. Schüler-Kursus vom 12. Sept. 1933 ab. Näheres in der Verwaltung der Goethe-Schule. Abendartikel v. 19. 9. 1933. Anm. i. d. Buchh. Ariebe.

G. Rod, Tanzlehrerin.

Für Konzerte Kapelle R. Jeske, Mickiewicza 22, Wg. 6.

Musik-Unterricht erteilt Karl-Julius Meissner, Mickiewicza 29.

4-Zimmer-Wohnung ab 1.10. zu vermieten. W. Bertram, Stajsa 2.

Thorn.

Schneider-Atelier befindet sich jetzt ul. Lazienna Nr. 7. Wilh. Woźny.

Für die Einmachzeit: Glashaut Galizyl-Bergamentpapier in Bogen.

Justus Wallis, Papier-Handlung, Torun, Szeroka 34. Begr. 1853.





